

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich 16 Uhr. Preis pro Quartal 3 RM. bei Vorbestellung 2 RM. 50 Pf. Bestellschein, Einzelnummer 10 Pf. Alle Postanordnungen, Postboten, wozu auch Adressänderungen, sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich.



Verleger: Wilsdruff u. Umgegend. Druck: Wilsdruff. Preis: 10 Pf. pro Nummer. Abonnement: 3 RM. pro Quartal. Bestellschein, Einzelnummer 10 Pf. Alle Postanordnungen, Postboten, wozu auch Adressänderungen, sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 109 — 98. Jahrgang. Drahtschlüssel: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 12. Mai 1939

## Bemerkungen zum Tage

### Exprobie Freundschaft

Ueberrascht wird die den Achsenmächten feindlich gesinnte demokratische Presse von dem überaus herzlichen Empfang des jugoslawischen Prinzregentenpaares in Italien Kenntnis genommen haben. Und doch fehlt eigentlich für Kenner der europäischen Politik das überraschende Moment völlig. Aus der italienischen Presse klingt anlässlich des Besuchs die tiefe Befriedigung darüber, daß Italien und Jugoslawien in einer nun schon seit Jahren erprobten Freundschaft nebeneinander stehen. Die Annäherung zwischen Rom und Belgrad ist seinerzeit langsam und nicht ohne Rückschläge vor sich gegangen. Sie erfolgte nicht im Zuge jener von manchem westlichen Staat geübten Methode des politischen Druckes und des wirtschaftlichen Kaufes, sondern sie entsand aus der wachsenden Erkenntnis verantwortungsbewusster Staatsmänner beider Völker, daß die friedliche Zusammenarbeit zweier großer benachbarter Völker erspriechlicher ist als das starre Festhalten an überkommenen Gegensätzen oder die Rücksicht auf die Interessen landfremder Machtpolitiker. So wuchs die italienisch-jugoslawische Freundschaft auf natürlichem Boden. Auch in der unmittelbaren Nachbarschaft Jugoslawiens standen zu Dupenden die Vorkämpfer, von denen jedes einzelne, wie der Führer in seiner letzten Reichstagsrede sagte, durch die „Zauberflöte von Versailles“ mit kaum noch ausföhrbaren Tanten versehen worden war.“ Es ist eine überragende Staatsmännliche Leistung des Prinzregenten von Jugoslawien, diesen unnatürlichen Gefahrenzustand überwinden und gute Beziehungen zu Italien, Ungarn und Bulgarien in die Wege geleitet zu haben. Auch das Großdeutsche Reich, zum Nachbarn des Belgrader Königreiches geworden, steht in den besten Beziehungen zu Jugoslawien. Die italienisch-jugoslawische Freundschaft wird in der Zukunft entscheidenden Einfluß auf die politische und strategische Lage im Mittelmeerraum üben und wird entgegen den bösen Absichten der Einkreisungsmächte ein Garant für die Sicherung des europäischen Friedens sein.

### Spanien und Frankreich

Der spanische Staatschef General Franco hat durch den spanischen Botschafter in Paris im französischen Außenministerium Beschwerde darüber einlegen lassen, daß Frankreich sein Wort gebrochen und das Vörsard-Jordana-Abkommen nicht eingehalten hat. Die französische Regierung, die nach außen hin den Wert guter Beziehungen zu Spanien immer betont hat, hat sich bisher nicht bemüht, daß in Frankreich befindliche spanische Gold oder Kriegsmaterial an Nationalspanien zurückzugeben. Die französische Regierung versucht sogar, jetzt repressiverische Gegenforderungen zu erheben, daß Nationalspanien u. a. die Rückkehr der rotspanischen Verbrecher beschleunigen solle. Der französische Unterhändler Bönard hat in der Zeit der großen französischen Anblöderungsversuche bei Franco nach dessen Entzug bindende Verpflichtungen unterschrieben. Diese Verpflichtungen sind nicht eingehalten worden und deshalb hat mit Recht General Franco in Paris auf den Tisch geschlagen und die genaue Erfüllung des Vörsard-Abkommens verlangt. Jetzt haben die Politiker in Paris ein schlechtes Gewissen und befürchten, daß Nationalspanien die diplomatischen Beziehungen abbrechen könne. Franco hat recht, denn die französischen Ausreden sind faul, wie das „das spanische Kriegsmaterial inzwischen verrotten, die Kraftfahrzeuge abmontiert, die spanischen Viehherden geschlachtet worden seien“. Trotz der Pariser Winkelsätze wird aber die französische Regierung nicht daran herumkommen, das spanische Nationalmaterial, die Kriegskasse, die Fischereifahrzeuge, das Kriegsmaterial, das Gold und die geraubten Kunstschätze an Nationalspanien zurückzugeben, wenn die französische Regierung nicht als wortbrüchig vor der Welt sich hinstellt. Ohne Erfüllung der Vörsard-Verpflichtungen ist ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich und Nationalspanien ausgeschlossen.

### Die finanzielle Seite

Der Mißerfolg der in Warschau mit so großem Lärm vor Opera angekündigten Lustabwöhnungsfeier lenkte den Blick auf die finanzielle Lage des polnischen Staates, in der sich die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten widerspiegeln, auf die die feierliche Politik der polnischen Regierung sehr bereits führt. Daß den Polen die wirtschaftlichen Folgen ihrer großsprecherischen Politik bedenklich werden und ihnen nachgerade in finanzieller Hinsicht das Wasser bis zum Hals steht, beweisen Nachrichten polnischer Zeitungen, die die Frage erheben haben, woher die Mittel für die militärischen Belange genommen werden sollen, wenn nach so kurzer Zeit wirtschaftlicher Ruin droht. Die finanzielle Lage ist heute angesichts der mit der polnischen Mobilisierung verbundenen Aufgaben einerseits und dem Mißerfolg der inneren Finanzierungsbemühungen andererseits wirklich bedenklich ernst geworden, zumal von der berühmten 25-Millionen-Frond-Anleihe, mit der London den Polen die Mittel für die militärischen Belange zufließen ließ, mehr die Rede ist. Fragt man in Warschau heute nach dieser vor dem Besuch Bönards in London propagierten englischen Anleihe, so findet man nur ein Schweigen. Was davon zu halten ist, ist angesichts des Schweigens der Londoner Finanzkreise ziemlich klar. Das Finanzinteresse

## Verteidigung der Einkreisungspolitik

### Deutschland soll wieder einmal „Beweise“ liefern — Rede Chamberlains

Ministerpräsident Chamberlain sprach auf einer Versammlung konservativer Frauen in der Albert-Hall in London. Chamberlain verteidigte die Einkreisungspolitik, deren Folgen er seinen Parteigängern verständlich zu machen suchte, und betonte, England sei bereit, auf andere zu hören, werde sich aber nicht distanzieren lassen. „Es ist niemals ein Teil unserer Politik gewesen, uns als ausdrückliche Geschäftsmacher in die Belange anderer Völker einzumischen.“ (?)

Was das Vorgehen Deutschlands angeht, so sei England nicht notwendigerweise davon berührt worden, solange dieses Vorgehen sich in den Grenzen gehalten habe, die Deutschland selbst gezogen habe, und solange es nur auf die Förderung der Interessen von Deutschen „ohne Bedrohung der Unabhängigkeit nichtdeutscher Länder“ abgestellt gewesen sei.

Die natürliche und unerläßliche Neuordnung in Wämen und Mähren zur Befriedung Mitteleuropas verdrängte der britische Ministerpräsident als den ersten Schritt einer Politik, die vielleicht die Verdrängung eines Staates nach dem andern mit dem Endziel der Weltbeherrschung im Auge habe. „Es mag sein“, so verurteilte Chamberlain dann diese unerhörte Verdrängung abzuwachen, daß die deutschen Führer keine beratige Abtät haben. Wenn das der Fall ist, dann erkläre ich, daß Deutschland von der britischen Politik nichts zu befürchten hat.“

Chamberlain kam dann auf die Ausführungen des Führers in seiner Reichstagsrede über den deutsch-polnischen Flottenvertrag zu sprechen, bestritt, daß die Grundlage des Vertrages durch England bestritten wurde und erklärte, er sei jetzt wie immer der Ansicht, daß das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch der beiden Völker angesehen werden könne, niemals gegeneinander zum Kriege zu schreiten.

Chamberlain kam dann auf die Ausführungen des Führers zu sprechen, daß er hoffe, daß ein Rüstungswettbewerb zwischen Deutschland und England vermieden werden könne und daß er bereit sei, mit England in der Rüstungsfrage zu verhandeln. Die britische Regierung, so erklärte Chamberlain, werde „diese Erklärung auf das sorgfältigste prüfen“ und ihre Antwort bald der Reichsregierung zugehen lassen. „Lassen Sie mich erklären, daß wir weder auf dem Gebiete der Rüstungen noch auf wirtschaftlichem Gebiete in einem hemmungslosen Wettlauf mit Deutschland einzutreten wünschen. Wir würden uns nicht weigern, in Besprechungen über die Methode für die Steigerung

unseres gegenseitigen Handels oder für die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Beziehungen einzutreten — natürlich nur dann, wenn uns „unmifverständliche Beweise für den Wunsch, das so sehr erschütterte Vertrauen wiederherzustellen, gegeben werden.“

Dieser Erklärung, die ganz der seit Versailles üblichen Taktik entspricht, folgte der britische Ministerpräsident eine neue haltlose Verdrängung des Reiches hinzu, indem er erklärte, daß England nicht bereit sei, „ruhig zuzusehen, wie die Unabhängigkeit eines Landes nach dem andern zerstört werde. Auf dieser Grundlage verurteilte Chamberlain dann die einzelnen Stappen der britischen Einkreisungspolitik zu erklären.

Chamberlain kam dann auf Danzig zu sprechen und erklärte: „Nach Ansicht vieler ist der Gefahrenpunkt in Europa heutzutage Danzig. Es gibt Zustimmung an Polen, die klar und präzis sind, obwohl wir uns freuen würden, es zu sehen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Deutschland freundschaftlich und durch Erörterungen beigelegt würden, obwohl wir glauben, daß sie auf diese Weise geregelt werden könnten und sollten. Wenn ein Versuch gemacht werden würde, die Lage in der Weise zu ändern, daß die polnische Unabhängigkeit bedroht würde, dann würde das unvermeidlicherweise einen allgemeinen Konflikt beginnen lassen, in den dieses Land verwickelt sein würde. Zum Schluß verteidigte Chamberlain noch die Wehrpflichtvorsorge.“

Auch diese Rede Chamberlains vermag uns nichts Neues zu sagen. Wir erleben erneut daraus, in welche Richtung die englische Politik geht. Es ist der Geist von Versailles, der es Deutschland neidet, daß es den Weg zur Freiheit gefunden hat. Waisföhrhaft klingen die Worte Chamberlains, daß Deutschland Beweise liefern soll. Als ob Deutschland nicht abgedröckelt gehabt hätte! Oder hat Herr Chamberlain die Führerrede, in der auf die deutsche Abwehrung und das nichteingelöste Abtrünnungsverprechen der andern, auch Englands, gerade an dieser Stelle weder gehört noch gelesen? Das wäre eine peinliche Entschuldigung. Im übrigen: Der deutsche Angebot hat genug gewesen. Und die Worte Chamberlains, die deutlich über keine Einkreisungspolitik sprechen, sie beweisen uns nur, wie richtig es war, mit dem Beginn der Einkreisungspolitik das Flottenabkommen als hinfällig anzusehen. Der Führer hat seine Verhandlungsbereitschaft betont. Es liegt also an England, Beweise zu bringen.

## Daladier hielt „Beruhigungsrede“ für Frankreich

### Zweideutige Argumente zur Schmachtmachung der ungeheueren Rüstungslasten

DRS, Paris, 12. Mai. Ministerpräsident Daladier gab am Donnerstag in der Kammer die angekündigte Erklärung ab, die ganz darauf abgestellt war, dem französischen Volk die Notverordnungen und die ungeheuren Rüstungslasten schmachhaft zu machen. Gleichseitig versuchte er die von der Presse bereits gemachte französische Öffentlichkeit durch starke Worte zu beruhigen. Die Rede, bei der Daladier immer wieder realpolitische Denker vermissen ließ, begann mit einem Gruß an „jene jungen Leute, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft Frankreich und sein Imperium gegen alle Bedrohungen“ (?) schützten, sowie an die ganze Nation, die seit mehreren Wochen „die Last einer Probe trägt, durch die man ihren moralischen Widerstand schwächen möchte...“ (?) Der Ministerpräsident meinte dann, wie verschoben und verwickelt auch die internationalen Probleme sein mögen, so stelle sich Europa in Wirklichkeit nur ein einziges Problem: das der Beherrschung oder der Zusammenarbeit. Daladier hielt es in diesem Zusammenhang für nötig, wiederum an angebl. „verletzte Verpflichtungen“ und „zerstörte Verträge“ zu erinnern, sowie an „Forderungen wirtschaftlicher Art, die als Vorwand für politische Forderungen dienen.“ (?)

Der französische Ministerpräsident prägte dann folgenden Satz, der nur auf die außergewöhnlichen militärischen Maßnahmen Polens bezogen werden kann: „Nur man daran erinnern, daß zu der gleichen Stunde, wo man nicht aufhört vom Frieden zu sprechen, die Armeen sich mobil machen, die Geschwader die Meere durchnähen, die Luftgeschwader sich versammeln und daß 20 Jahre nach dem Krieg Millionen von Menschen erneut Waffen tragen? Daladier beteuerte dann den wahrlich durch nichts bestärkten Glauben Frankreichs, daß in einer Welt, deren natürliche Reichtümer durch die Entfindungen der Wissenschaft vervielfacht worden seien, „eine jede Nation gleich ihren Teil des Glückes, des Wohlstandes

und der Freiheit finden könnte.“ Als diffamierend, als geradezu offener Hohn muß der dann folgende Ausspruch des französischen Ministerpräsidenten angeprochen werden, daß Frankreich „es nicht nötig hat, um sich herum Zeugnisse zu erbitten, um den Beweis für keinerlei Angriffsabsichten zu erbringen.“ (!) Der eigenartigen Bedeutung, daß „Frankreich schon vor langer Zeit nach dem edlen Wort der Männer der französischen Revolution der Welt den Frieden erklärt“ habe, folgte die Betonung der Solidarität zwischen Großbritannien und Frankreich, die enger und vertrauensvoller denn je sei, sowie ein „brüderlicher Gruß“ an Roosevelt, dessen „Vorschaft“ die „tiefe Sympathie aller Franzosen“ gelunden habe. Gewiß habe Frankreich, so erklärte Daladier dann im Zusammenhang damit, stets seine Abhängigkeit an die Doktrin befräftigt, die durch ein allgemeines Abkommen alle Mächte vereinen wolle, die ihre Sicherheit garantieren wollten. Aber die Erfahrung seit dem Ende des Weltkrieges habe die großen Schwierigkeiten aufgezeigt, die der Abschluß dieses allgemeinen Abkommens aufwerfe. Je mehr Nationen es zu vereinigen lude, desto mehr vertiere es an Genauigkeit und Kraft.

Nach diesem Eingeständnis des Schiffbruchs der früher so viel gepriesenen kollektiven Sicherheit fuhr Daladier zur Umschreibung der Einkreisungspolitik u. a. fort: „Dabei haben wir genaue, einfache und klare Verpflichtungen mit den Nationen abgeschlossen, die sich zu uns gesellen wollen für die gemeinsame Verteidigung ihrer und unserer lebenswichtigen Interessen“. In anderen Gegenden Europas haben wir im Gegenteil gewissen Staaten ein Einvernehmen mit Großbritannien eine spontane und einseitige Garantie gewährt. Weitere Verhandlungen werden fortgesetzt. Nach der Reise des Obersten Beck nach London und den Verpflichtungen der gegenseitigen Garantie, die von Großbritannien und Polen abgeschlossen wurden, habe Frankreich im Einvernehmen mit Polen die notwendigen Maßnahmen zur sofortigen und direkten Anwendung des Bündnisvertrages ergriffen. Seine Erklärung an die Presse vom 13. April erhalte ihren ganzen Sinn in diesem Augenblick, wo Polen „der die Verteidigung seiner lebenswichtigen Interessen wacht“ (!). Nach einem Hinweis auf die Verhandlungen mit der Türkei zum Abschluß eines Garantie-Abkommens fuhr Daladier u. a. fort: „Schließlich erachten wir es als wesentlich wünschenswert, daß die Sowjetunion sich an diesem „gemeinsamen Werk des gegenseitigen Bestandes“ beteilige.“ Wenn einige Meinungsverschiedenheiten über die Modalitäten dieses Abkommens noch

der Westmächte an Polen ist nie jonderlich groß gewesen. Paris und London sind wenig daran interessiert, Polen neue Gelder zu gewähren, nachdem sie mit den Anleihen an die anderen Trabantenstaaten zu schlechte Erfahrungen gemacht haben. Es ist ein schlechtes Vorzeichen für die Warschauer Kriegspolitik, wenn bereits jetzt der englische Verbündete Polen in finanzieller Hinsicht im Stich läßt. Ob die Warschauer Regierung die Kraft haben wird, aus dieser bitteren Lehre eine innere Umkehr vorzunehmen und zur wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vernunft zurückzukehren?